



POLIZEI
SACHSEN-ANHALT

Landeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention im Land Sachsen-Anhalt

Jahresbericht 2023

Impressum:

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt
Lübecker Str. 53 - 63
39124 Magdeburg

Stabsbereich 3

Polizeiliche Kriminalprävention
Tel.: 0391 250-2013 bzw. 7972-2013
Fax: 0391 250-1113220 bzw. 7972-3220
praevention.lka@polizei.sachsen-anhalt.de

A	Polizeiliche Kriminalprävention	4
1.	Allgemeines	4
2.	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	5
3.	Kriminalpräventive Schwerpunktthemen im Land Sachsen-Anhalt.....	7
B	Umgesetzte Projekte (unter Verwendung von Medien des ProPK)	9
1.	Polizei im Fokus der Öffentlichkeit	9
2.	Gewaltprävention.....	10
a)	Projekt „Abseits?! - Gewalt an der Schule“	10
b)	Projekt „Kinderkommissare“	11
c)	Kampagne „GENUG“	12
d)	Projekte „Zivilcourage“	12
e)	Projekt „Sicherheit am Arbeitsplatz“	13
f)	Bedrohungs-/Amoklagen sowie technische Krisenprävention an Schulen	14
3.	Drogenprävention (Aufklärung/Jugendschutz)	16
a)	Projekte zum Thema „legale und illegale Drogen“	16
b)	Projekt „FreD - Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“	17
4.	Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts-	18
a)	Projekt „Schritte gegen Tritte“	18
b)	Projekt „Auf leisen Sohlen in die Mitte der Gesellschaft“	19
c)	Anlassbezogene Sensibilisierung	19
5.	Mediensicherheit.....	21
6.	Sexuelle Gewalt.....	22
7.	Diebstahl/Raub	25
a)	Projekte „Ladendiebstahl/Sicherer Euro“	25
b)	Diebstahlprävention	26
c)	Maßnahmenkonzept WED der Landespolizei	26
8.	Seniorenenschutzprogramm.....	29
9.	Prävention zum Schutz vor Straftaten.....	30
10.	Einsatz des Präventionsmobiles des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt	31
11.	Kommunale Prävention – Stadtentwicklung	32
a)	Sicherheitspartnerschaft der Hansestadt Gardelegen mit dem Polizeirevier Altmarkkreis-Salzwedel.....	32
b)	Sicherheitspartnerschaften der Hansestadt Tangermünde sowie der Hansestadt Stendal mit dem Polizeirevier und der Polizeiinspektion Stendal	34
12.	Polizeilicher Opferschutz – Häusliche Gewalt	36

A Polizeiliche Kriminalprävention

1. Allgemeines

Die polizeiliche Kriminalprävention ist eine Kernaufgabe der Polizei und dient der Erhöhung der Sicherheit des Einzelnen sowie der Gesellschaft als Ganzes, wobei sie sich vom Prinzip leiten lässt, dass die vorbeugende Verhinderung von Straftaten die beste Kriminalitätsbekämpfung ist. Als Teil der gesellschaftlichen Kriminalprävention geht es vornehmlich um die Reduzierung von Tatgelegenheiten durch die Erhöhung des Täteraufwands und -risikos sowie die Minimierung des Taterfolges und Tatanreizes. Daher muss Prävention dort ansetzen, wo Kriminalität entsteht oder begünstigt wird. Der Fokus der polizeilichen Kriminalprävention im Land Sachsen-Anhalt ist deshalb auf die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung über Erscheinungsformen der Kriminalität, Kriminalitätsgefahren sowie die Weitergabe von Vorbeugungsempfehlungen und Verhaltenshinweisen gerichtet, denn jeder Bürger kann aktiv zur eigenen Sicherheit beitragen.

Die polizeiliche Kriminalprävention umfasst außerdem den polizeilichen Opferschutz, der darauf ausgerichtet ist, Tatfolgen zu mindern, eine wiederholte Opferwerdung zu verhindern und professionelle Hilfe zu vermitteln. Die Polizei setzt bei ihrer Präventionsarbeit auch auf die Kompetenz erfahrener Kooperationspartner.

Die Zuständigkeiten für die polizeiliche Kriminalprävention im Land Sachsen-Anhalt sind mit Runderlass des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (MI LSA vom 20.05.2020, Az. 23.4/23.5-12197) geregelt.

2. Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das ProPK gewährleistet und gestaltet eine länderübergreifende, einheitliche, kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit. Mit diesem Programm werden Bevölkerung, Kooperationspartner, mit Präventionsaufgaben befasste Berufsgruppen und Medienvertreter über Erscheinungsformen der Kriminalität sowie Möglichkeiten zu deren Verhinderung informiert. Die Bearbeitung von Grundsatzfragen und die konzeptionelle Sacharbeit erfolgt in Gremien, wie der Projektleitung und der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention. In den Gremien sind Mitarbeiter des Bundes und der Landeskriminalämter (LKÄ) aller 16 Bundesländer vertreten. Für Sachsen-Anhalt nimmt der Stabsbereich 3 des Landeskriminalamtes (LKA) diese Aufgabe wahr.

Die Aktivitäten des ProPK, insbesondere die Erstellung vielfältiger praxisnaher Medien, werden vom Bund und den Ländern anteilig finanziert. Mittels Bereitstellung verschiedener Medien und der Erstellung länderübergreifender Präventionskonzepte wird die präventivpolizeiliche Aufgabenerledigung vor Ort in den Bundesländern von den in den LKÄ angegliederten ProPK-Referenten und den Präventionsverantwortlichen in den Polizeiinspektionen (Plen) unterstützt.

Des Weiteren informiert der Stabsbereich 3 des LKA als Zentralstelle der polizeilichen Kriminalprävention die Polizeiinspektionen regelmäßig über Aktualisierungen, Neuerungen und öffentlichkeitswirksame Aktionstage der ProPK mit entsprechenden Anwendungshinweisen für themenbezogene ProPK-Medien, insbesondere zu aktuellen Präventionsschwerpunkten bzw. Kriminalitätsphänomenen.

Darüber hinaus unterstützt der Stabsbereich 3 des LKA die Fachhochschule Polizei (FH Pol) bei der Konzipierung von Präventionslehrgängen sowie bei der Durchführung von Lehrgängen für Regionalbereichsbeamte, wobei hier die Einsatzmöglichkeiten des Landespräventionsmobils des LKA vorgestellt und die Anwendungsmöglichkeiten der ProPK-Medien und -Informationsangebote aufgezeigt werden.

Die örtlich zuständigen Polizeidienststellen sind gemeinsam mit anderen Verantwortungsträgern für die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen zuständig und setzen die Medien des ProPK zielgruppenspezifisch ein.

Darüber hinaus werden auf den Internetseiten www.polizei-beratung.de sowie www.polizeifuerdich.de eine Fülle fundierter, delikt- und themenspezifischer Informationen und Verhaltenstipps angeboten.

3. Kriminalpräventive Schwerpunktthemen im Land Sachsen-Anhalt

Zur Verstärkung des Erfahrungsaustausches und der Abstimmung von Präventionsschwerpunkten lud der Stabsbereich 3 des Landeskriminalamtes im November 2023 Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport, der Plen, der FH Pol und der Landesmedienstelle zur Arbeitsbesprechung polizeiliche Kriminalprävention ein.

Die Schwerpunktsetzung für kriminalpolizeiliche Präventionsprojekte erfolgt auf Grundlage der Fallzahlentwicklung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der langfristigen Beobachtung kriminalitätsspezifischer Entwicklungen sowie daraus abgeleiteter Prognosen. Da diese Entwicklungen in den Plen unterschiedlich ausfallen, werden die Schwerpunkte für präventive Maßnahmen von den Plen in Absprache mit dem LKA und in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeirevieren festgelegt. Insofern werden in diesem Bericht vorrangig kriminalpräventive Projekte dargestellt, die lokale oder regionale Ausstrahlung haben. Eine Reihe von Projekten wurde nach erfolgreicher Durchführung in den zurückliegenden Jahren auch im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Für das Land Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2023 folgende kriminalpräventive Schwerpunkte gesetzt:

- Prävention der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts-
- Gewaltprävention
- Polizeiliche Sucht- und Drogenprävention
- Prävention des sexuellen Missbrauchs von Kindern
- Neue Medien - Mediensicherheit und Cybermobbing
- Diebstahlsprävention
- Prävention von Straftaten zum Nachteil von Senioren
- Einbruchschutz im privaten und gewerblichen Bereich
- Kommunale Prävention - Stadtentwicklung

Neben Präventionsveranstaltungen zu gesetzten Schwerpunkten führen die Regionalbereichsbeamten der Polizeireviere (PRev) auch Veranstaltungen zur Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Polizei und Bürgern durch, klären allgemein über Recht und Gesetz auf und unterstützen im Bereich der Nachwuchsförderung. Des Weiteren wirken Mitarbeiter der PRev und Plen in präventiven Ausschüssen, Gremien, Netzwerken, Arbeitsgemeinschaften sowie Arbeitskreisen und in kriminalpräventiven Räten mit.

Die Erfassung der Häufigkeit der Einzelveranstaltungen zu den Projekten und der Anzahl der Teilnehmer erfolgte im Berichtszeitraum nicht in jedem Fall. Nachfolgend ist eine repräsentative Auswahl von Projekten der Polizeibehörden des Landes Sachsen-Anhalt dargestellt.

Der Schutz und die Aufklärung von Jugendlichen und Heranwachsenden bilden dabei wesentliche Bestandteile der polizeilichen Präventionsarbeit. So stellen polizeiliche Jugendberatungsstellen jugendlichen und heranwachsenden Tätern und deren Umfeld u. a. durch den Einsatz von (sozial-)pädagogisch ausgebildeten Mitarbeitern Hilfsangebote zur Verfügung.

Sowohl auf polizei-beratung.de des ProPK als auch auf der Internetseite der Landespolizei Sachsen-Anhalt stehen für jedermann Informationen, Flyer und Broschüren zu verschiedenen Kriminalitätsphänomenen sowie deren Prävention zur Verfügung.

Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit dieses Themenfeldes erfolgt die spezifische Betrachtung der Prävention von Jugenddelinquenz in einem gesonderten Jahresbericht.

B Umgesetzte Projekte (unter Verwendung von Medien des ProPK)

1. Polizei im Fokus der Öffentlichkeit

Projekt „Polizei, dein Freund und Helfer/Polizei zum Anfassen“

Ausgangslage

Nicht alle Bürger haben ein positives Verhältnis zur Polizei. Andere wiederum möchten gern einen Einblick in die Aufgaben, Tätigkeiten und Probleme des Polizeivollzugsdienstes erhalten. Um das Ansehen der Polizei positiv zu stärken und einen vielschichtigen Einblick in die Arbeit der Polizei zu gewähren und zu vermitteln, wurde ein Projekt entwickelt, welches die Polizei als „Freund und Helfer“ zeigt.

Inhalt und Ziele

- Darstellung des Berufsbildes
- Bildung eines Vertrauensverhältnisses
- Abbau von Ängsten gegenüber der Polizei
- Aufzeigen von Hilfsmöglichkeiten
- Verteilung von altersgerechten und themenbezogenen Medien

Zielgruppen

Kinder, Jugendliche, Erwachsene

Maßnahmen

- Besichtigung der Dienststellen und Präsentation von Einsatzfahrzeugen und Einsatzmitteln
- Erläuterung der polizeilichen Arbeit und von Spurensuche und -sicherung
- Abnahme von daktyloskopischen Fingerabdrücken für einen „Kinderausweis“
- Veranstaltungen in Kindertagesstätten und Schulen
- Nutzung des ProPK-Materials „Schule fragt. Polizei antwortet.“¹

Ergebnis

In der PI Dessau-Roßlau fanden 179 Veranstaltungen mit 6.978 Teilnehmern statt und in der PI Halle (Saale) 69 Veranstaltungen mit 1.579 Teilnehmern. Die PI Magdeburg führte 160 Veranstaltungen mit 10.963 Teilnehmern durch und an 182 Veranstaltungen der PI Stendal nahmen 5.110 Kinder und Jugendliche sowie Begleitpersonen teil.

¹ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/299-schule-fragt-polizei-antwortet/>

2. Gewaltprävention

a) Projekt „Abseits?! - Gewalt an der Schule“

Ausgangslage

An Schulen entstehen regelmäßig Konflikte. Die Lösung der Konflikte endet nicht selten in gewalttätigem Verhalten. Die Gewalt an Schulen äußert sich zumeist in physischer und psychischer Gewalt, welche in Straftaten, wie z. B. Körperverletzungen, Bedrohungen, Nötigungen, Erpressungen, Raubdelikten und Beleidigungen, mündet. Zumeist sind Gleichaltrige oder Jüngere Opfer dieser Straftaten. Das Medienpaket „Abseits?!“ enthält einen Film, bestehend aus sechs in sich abgeschlossenen Episoden, sowie ein Filmbegleitheft. In jeder Episode wird eine bestimmte Problem- bzw. Konfliktsituation dargestellt, mit der Jugendliche in der Schule oder auf dem Schulweg konfrontiert sein können.

Inhalt und Ziele

- Vermittlung von Kenntnissen über jugendtypische Straftaten
- Information über strafrechtliche und zivilrechtliche Folgen
- Darstellung von Auswirkungen auf das Opfer, das Umfeld und den Täter
- Förderung der Zivilcourage

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen im Alter von 10 bis 18 Jahren

Maßnahmen

- Vorträge/Veranstaltungen in Schulen
- Durchführung von Projekttagen an Schulen
- Verwenden von ProPK-Medien wie „Abseits?!“ und „Weggeschaut ist mitgemacht“
- Einübung von Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktlösung und Selbstbehauptung
- Anwendung des „Gewaltbarometers“²
- Rollenspiele zu angemessenem Verhalten

Ergebnis

Die PI Dessau-Roßlau führte 71 Veranstaltungen mit insgesamt 1.543 Teilnehmern durch und die Halle (Saale) 99 Veranstaltungen mit 2.258 Teilnehmern. Im Zuständigkeitsbereich der PI Magdeburg wurden 180 Veranstaltungen mit

² Durch das Darstellen einer Skala auf dem Fußboden mit Klebeband mit den Endpunkten „Gewalt!“ und „Keine Gewalt“ werden die Teilnehmer aufgefordert, sich zu genannten Beispielen zu positionieren und ihren Standpunkt zu erklären, ohne zu werten.

3.933 Teilnehmern und von der PI Stendal 120 Veranstaltungen mit 1.852 Teilnehmern durchgeführt.

b) Projekt „Kinderkommissare“

Ausgangslage

Dies ist eine Präventionsveranstaltung, bestehend aus mehreren Modulen zu den Themen: Beleidigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Diebstahl.

Delinquentes, aggressives und dissoziales Verhalten entwickelt sich oft bereits im Kindesalter. Im Rahmen der Prävention soll möglichst früh gegengesteuert werden. Auch sollen die Kinder die Polizei als Ansprechpartner in der positiven Atmosphäre einer Präventionsveranstaltung wahrnehmen.

Inhalt und Ziele

- Förderung eines sozialen, empathischen und regelkonformen Verhaltens
- Erkennen der Folgen einer Straftat für Opfer und Täter
- Vermittlung von Kenntnissen über Ansprechpartner für den Ernstfall

Zielgruppen

Grundschüler

Maßnahmen

- Durchführung unter Zuhilfenahme der Malhefte „Streithähne“, „Keine Gewalt“, „Hannes Hamster“ und „Der Tunichtgut“ des LKA
- Vertiefung der Präventionsbotschaften der Malhefte mittels Rollenspielen zum Umgang mit Provokationen, mit Arbeitsblättern, wie der „Wutpalme“³ sowie durch Erarbeitung von Streitregeln und teamfördernden Spielen
- Auswahl von meist zwei bis drei Modulen seitens der Schulen und zeitlich versetzte Durchführung
- Abschließend Wissenstest für Kinderkommissare mit anschließender „Ernennung“ und Übergabe von „Dienstausweisen“ (erstellt von der FH Pol).

Ergebnis

Im Jahr 2023 führte die PI Dessau-Roßlau 18 Veranstaltungen mit insgesamt 336 Teilnehmern durch.

³ Kopiervorlage aus dem Trainingshandbuch „Zivilcourage können Alle“ (2011). Lünse/Nöllenburg/Kowalczyk/Wanke. Verlag an der Ruhr

c) Kampagne „GENUG“

Ausgangslage

Aufgrund verstärkt auftretender Raubstraftaten durch jugendliche Täter im Umfeld von Schulen wurde die Kampagne „GENUG“ ins Leben gerufen.

Inhalt und Ziele

- Erhöhung der Anzeigen- und Aussagebereitschaft
- Vermittlung von Handlungskompetenz (und damit)
- Förderung der Zivilcourage
- Schaffung von (Un-)Rechtsbewusstsein
- Aufzeigen von Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangeboten

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen an weiterführenden Schulen ab 10 Jahren

Maßnahmen

- Präventionsveranstaltungen in Schulen
- Gesprächsangebote für Betroffene in Schulen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Nutzen von ProPK-Medien, wie Handreichung „Herausforderung Gewalt“⁴, Handzettel „Raub“ und themenbezogene Social-Media-Pakete⁵

Ergebnis

In der PI Halle (Saale) wurden 223 Veranstaltungen mit 5.644 Teilnehmern durchgeführt.

d) Projekte „Zivilcourage“

Ausgangslage

Es passiert täglich, überall und am helllichten Tag. Ein Mensch wird belästigt, bedroht oder tätlich angegriffen - in der Straßenbahn, in der Fußgängerzone oder beim Einkaufen. Gewalt ist Bestandteil unseres täglichen Lebens geworden. Menschen können sich in vielen Fällen nicht selbst helfen und sind auf Hilfe anderer angewiesen. Es ist nicht leicht einzugreifen, besonders dann, wenn man selbst Angst hat. Dennoch gibt es viele couragierte Bürger, die sich Gedanken über die Gewalt in unserer Gesellschaft machen und sich im Notfall einmischen. Die Frage ist dabei oft das „Wie“. Zivilcourage ist nicht angeboren, kann aber in einem längeren Prozess der

⁴ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/35-herausforderung-gewalt/>

⁵ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/281-opferschutz-raub/>

Weiterentwicklung der Persönlichkeit erworben werden. Hier kann das Projekt unterstützen.

Inhalt und Ziele

- Sensibilisierung der Bürger für Gewalttaten im öffentlichen Raum
- Angemessenes Einmischen oder Handeln bei Feststellung und Beobachtung von Gewalttaten
- Organisation von Hilfe und Einschreiten auf Schulhöfen und Einrichtungen
- Aufklärung über Erscheinungsformen und (auch strafrechtliche) Konsequenzen
- Einübung von Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktlösung und Selbstbehauptung
- Förderung von Zivilcourage

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen, Frauen und Männer aller Altersstufen (auch Senioren)

Maßnahmen

- Unterstützung von Bürgern in ihrem Fortbildungsinteresse
- Anbieten von Handreichungen zum Thema
- Durchführung von Veranstaltungen auf Anforderung von Schulen oder Einrichtungen
- Unterstützung von Projekttagen an Schulen (z. B. Schule mit Courage, Schule ohne Rassismus)
- Verwenden der ProPK-Medien „Weggeschaut ist mitgemacht“
- Nutzen der Internetplattform „www.zivile-helden.de“⁶

Ergebnis

An den insgesamt 5 Veranstaltungen der PI Halle (Saale) nahmen 51, an den 10 Veranstaltungen der PI Magdeburg 199 Personen teil. Die PI Stendal führte 18 Veranstaltungen mit 302 Teilnehmern durch.

e) Projekt „Sicherheit am Arbeitsplatz“

Ausgangslage

In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens steigt die Zahl der Beschäftigten und Angestellten, welche bei der Arbeit bedroht, beleidigt und angegriffen werden. Viele Betriebe haben das erhöhte Risiko für ihre Beschäftigten, Opfer von Aggressionen und Gewalttaten zu werden, erkannt und begonnen, sich mit dem Thema Risiken im

⁶ <https://www.zivile-helden.de/>

Publikumsverkehr auseinanderzusetzen. An diesem Punkt setzt die polizeiliche Präventionsarbeit an.

Inhalt und Ziele

- Sensibilisierung für das Thema Gewalt am Arbeitsplatz
- Information und Aufklärung über mögliche Ursachen
- Umgang mit aggressiven Personen
- Aufzeigen möglicher Handlungsalternativen in Konflikt-/Gefahrensituationen
- Verhalten bei Bombendrohungen/Amoklagen
- Schaffung von Rechtssicherheit im eigenen Handeln
- Empfehlungen für bessere technische und organisatorische Voraussetzungen

Zielgruppen

Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit Kunden- bzw. Publikumsverkehr, Geschäftsleitungen und Führungskräfte

Maßnahmen

- Vortragsveranstaltungen
- Gesprächsrunden mit Geschäftsleitungen und Führungskräften
- Gefahren- und Schwachstellenanalysen
- Beratungen zu Sicherheitskonzepten aus polizeilicher Sicht

Ergebnis

In der PI Halle (Saale) wurden themenbezogen 54 Veranstaltungen mit 393 Teilnehmern durchgeführt. Im Zuständigkeitsbereich der PI Magdeburg fanden fünf Veranstaltungen mit 413 Teilnehmern statt. Die PI Stendal führte sechs Veranstaltungen mit 113 Teilnehmern durch.

f) Bedrohungs-/Amoklagen sowie technische Krisenprävention an Schulen

Ausgangslage

Grundlage für jährlich themenbezogene Informationsveranstaltungen an Schulen und Berufsschulen ist zum einen die Verantwortung der Schulen im Allgemeinen, zum anderen wird das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aufgrund immer wieder auftretender, gewalttätiger Auseinandersetzungen an Schulen negativ beeinträchtigt.

Auf Basis des technischen Risikomanagements an Schulen gem. DIN VDE V 0827-1 und des Runderlasses „Verhalten bei Schadensereignissen und Bedrohungslagen“ des Ministeriums für Bildung vom 30.07. 2007, Az. 21-81002, im Einvernehmen mit

dem MI LSA, sind aber auch an Schulen aller Schulformen mindestens einmal jährlich Gespräche des schulinternen Einsatzstabes mit den regional zuständigen Ansprechpartnern der Polizei und anderer Rettungsdienste vorgesehen.

Inhalt und Ziele

- Verhalten bei Amok- und Bedrohungslagen
- Vermittlung von Handlungssicherheit bei Bedrohungslagen
- Erhöhung des Sicherheitsgefühls
- Sachverhaltsklärung
- Unterstützung und Beratung von Schülern mit erhöhtem Aggressionspotenzial
- Sensibilisierung und Information zum Aufbau von Schulkrisenteams
- Errichtung von Notfall- und Gefahrenreaktionssystemen bei Schulneubauten bzw. Modernisierungsmaßnahmen
- Aktualisierung und Vervollständigung der Einsatzunterlagen
- Einbeziehung des Krisenordners des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt

Zielgruppen

Lehrpersonal, Hausmeister, Schülerschaft, Eltern

Maßnahmen

- Gruppengespräche
 - o Vorträge zum Verhalten bei Bombendrohungen/Amok-Lagen
 - o Umgang mit aggressiven Personen
 - o Teilnahme an Klassenkonferenzen
- Einzelgespräche mit Schülern, Eltern und Lehrkräften
 - o Klärung von Sachverhalten
 - o Vermittlung von Präventionsangeboten
 - o Gefährderansprachen
 - o Beratungsangebote auf Anfrage
 - o Vorträge, Aushändigung von Präventionsmaterialien
- Objektbegehungen

Ergebnis

In der PI Dessau-Roßlau fanden 20 Veranstaltungen mit 153 Teilnehmern statt, in der PI Halle (Saale) 144 Veranstaltungen mit 3.850 Teilnehmern. Die PI Magdeburg führte themenbezogen 128 Veranstaltungen ohne konkrete Erfassung der Teilnehmeranzahl durch und die PI Stendal 30 Veranstaltungen mit insgesamt 200 Teilnehmern.

3. Drogenprävention (Aufklärung/Jugendschutz)

a) Projekte zum Thema „legale und illegale Drogen“

Ausgangslage

Sucht hat immer eine Vorgeschichte. Ob legale oder illegale Suchtmittel, ob Alkohol, Zigaretten oder Rauschgift, Drogenabhängigkeit ist in den allermeisten Fällen das Ergebnis einer schleichenden Entwicklung, hinter der ein komplexes Geflecht vielfältiger Ursachen steht. Hat die „Droge“ von der Persönlichkeit erst einmal Besitz ergriffen, so entfaltet sie eine zerstörerische Wirkung, die auch das gesamte soziale Umfeld des Betroffenen erfassen kann. Selbst völlig Unbeteiligte können – ohne es auch nur zu ahnen – in den Sog der Droge geraten und zu Helfershelfern des schmutzigen Geschäfts mit der Sucht werden.

Einer möglichen Drogenkarriere geht ein komplexes Geflecht von Ursachen voraus. Der Ansatz ist hier, so früh wie möglich Kinder und auch Eltern bzw. Erzieher zu informieren und zu sensibilisieren. Eltern müssen auf das Thema aufmerksam gemacht, Kindern die Neugier genommen werden.

Im Rahmen der Projekte werden die Schulen bei der Implementierung eines schulischen Interventionsmanagements unterstützt.

Inhalt und Ziele

- Vermittlung von Kenntnissen über Wirkweisen von Drogen, Auswirkungen auf das Umfeld, Abhängigkeit und Co-Abhängigkeit, Hilfsmöglichkeiten
- Vermittlung von Informationen zum Jugendschutzgesetz (JuSchG) und Betäubungsmittelgesetz (BtmG)
- Vermeidung eines Einstiegs in den Konsum legaler und illegaler Drogen
- Verringerung des Drogenmissbrauchs und von Sucht
- Reduzierung alkoholbedingter Gewalttaten und Ordnungsstörungen sowie auch derartiger Straftaten unter Einfluss illegaler Drogen

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen im Alter von 10 bis 18 Jahren, Lehrer, Schulsozialarbeiter, Eltern

Maßnahmen

- Vorträge
- Veranstaltungen, Projekttag in Schulen
- thematische Elternabende

- Aktionstage
- Verwendung von ProPK-Medien „Sucht erkennen und vorbeugen“⁷
- Verwendung von Kurzfilmen des ProPK und des Weißen Rings

Ergebnis

Die PI Halle (Saale) führte 89 Veranstaltungen mit insgesamt 1.928 Teilnehmern durch, die PI Magdeburg 25 Veranstaltungen mit 463 Teilnehmern. In der PI Stendal fanden 75 Veranstaltungen mit 1.856 Teilnehmern statt.

b) Projekt „FreD - Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“

Ausgangslage

Jugendliche und junge Erwachsene, die mit Substanzkonsum auffällig geworden sind, sollen durch ein Eingangsgespräch und die Teilnahme an einem Konsum-Reflexionskurs möglichst frühzeitig erreicht werden, bevor sich die Suchterkrankung manifestiert. Die Jugendlichen oder Heranwachsenden bekommen zum Beispiel im Rahmen der Kontaktpflege zu Schulen oder beim Anfall in der polizeilichen Sachbearbeitung den polizeilichen Erstkontakt und werden an den Kurs FreD an die örtlichen Suchtberatungsstellen weitervermittelt. Dies kann freiwillig oder auch auf richterliche Anordnung geschehen. FreD-Kurse finden in Sachsen-Anhalt in neun Städten statt.

Inhalt und Ziele

- frühzeitige Intervention, um vor einem Abgleiten in eine Abhängigkeit zu schützen
- Wissen der teilnehmenden Jugendlichen erhöhen (rechtliche Situation, Wirkungen und Risiken von Substanzen, praktische Tipps zum Einschränken oder Beenden des Konsums, Hilfeangebote in der Region)

Zielgruppen

Jugendliche und Jungerwachsene bis 27 Jahre/Erstkonsumenten

Maßnahmen

Vermittlung an Suchberatungsstellen⁸

⁷ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/3-sucht-erkennen-und-vorbeugen/>

⁸ Da die Vermittlungen aus vielen, verschiedenen Bereichen erfolgen können, kann hier eine konkrete Vermittlungsanzahl nicht nachvollzogen werden.

4. Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts-

a) Projekt „Schritte gegen Tritte“

Ausgangslage

Das Projekt „Schritte gegen Tritte“ thematisiert strukturelle, ethnische und personale Gewalt und wird in Kooperation von Schule, Kirche, Jugendarbeit, Polizei und Sozialarbeit angeboten und durchgeführt. Es stammt aus der Antiapartheidarbeit in Südafrika und wurde unter der Leitung des evangelischen Pastors Klaus J. Burckhardt im Jahr 1993 in Deutschland eingeführt, ist praxiserprobt und wird ständig um aktuelle Themenfelder erweitert. So gibt es den Schülern sehr anschaulich die Möglichkeit, die zunächst fremde Wirklichkeit nach und nach als „Spiegel“ und Paradigma des eigenen Umgangs mit Gewalt zu entdecken, sich Ausgrenzungs- und Rassismustendenzen bewusst zu machen und gemeinsam neue Wege des Umgangs mit der alltäglichen Gewalt zu suchen. In diesem Bemühen ist „Schritte gegen Tritte“ ein „Brückenschlag-Projekt“: Es stammt aus der Praxis der Konfliktbewältigung, aber entfaltet seine eigentliche Dynamik im konzentrierten Arbeiten an Beispielen aus der konkreten Alltagswirklichkeit von Jugendlichen in Deutschland.

Inhalt und Ziele

- Gewaltursachen, -strukturen und Reaktionen auf Gewalt
- Aufzeigen und Bewusstmachen möglicher Straftatbestände
- Bewusstseinsförderung für die spezifischen Gewalterfahrungen von Flüchtlingen
- Förderung der offenen Sprachkultur
- Eröffnen der Möglichkeit, Gewalterfahrungen anzusprechen, kritisch zu reflektieren und die Ursachen zu ergründen
- Mut machen, die Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Gewalt entdecken und in Rollenspielen erproben

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen im Alter von 13 bis 17 Jahren, Lehrkräfte, Eltern, Großeltern

Maßnahmen

- Durchführung von Projekttagen an Schulen
- Verwenden von ProPK-Medien wie „Abseits?!“ und „Mitreden“

Ergebnis

Die PI Magdeburg führte eine Veranstaltung mit 12 Teilnehmern durch.

b) Projekt „Auf leisen Sohlen in die Mitte der Gesellschaft“

Ausgangslage

Die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen ist der Leitgedanke des Grundgesetzes. Die latente Bereitschaft, Gewalt gegen Andersdenkende, insbesondere Fremde, zu proklamieren und letztendlich auch anzuwenden, ist mit unserem Rechtsstaat nicht vereinbar. Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland stellt den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat auf eine ernste Bewährungsprobe.

Inhalt und Ziele

- Aufklärung und Sensibilisierung von Schülern und Lehrkräften
- Aufklärungsarbeit (Grußformen, Symbolik Musik, illegale Seiten im Netz, Verbreitung von strafrechtlich relevantem Gedankengut)
- Verhinderung rechtsextremistischer Orientierungen bei Jugendlichen
- Erkennen strafrechtlich relevanter Vorkommnisse
- Aufzeigen strafrechtlicher Konsequenzen für Jugendliche

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen im Alter ab 13 Jahren, Lehrkräfte, Eltern

Maßnahmen

- Kombinierte Vortragsveranstaltungen mit praktischen Beispielen unterlegt, der Schwerpunkt liegt hier im Bereich der rechtsextremistischen Musik und Symbolik

Ergebnis

Anmerkung: Die Ausstellung sowie eine thematisch darauf ausgerichtete Handreichung befindet sich derzeit in der Über-/Erarbeitung (LKA, Stabsbereich 3).

c) Anlassbezogene Sensibilisierung

Ausgangslage

Auf Anfragen von Schulen bei themenbezogenen Vorfällen werden Veranstaltungen in den Schulen im Klassenverband durchgeführt.

Inhalt und Ziele

- Sensibilisierung von Schülern und Lehrkräften
- Aufklärung über verfassungswidrige Zeichen, Symbole, Musik
- Verhinderung rechtsextremistischer Orientierungen bei Jugendlichen
- Aufklärung über Straftatbestände und strafrechtliche Konsequenzen

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen, Lehrkräfte

Maßnahmen

- Vorträge, Veranstaltungen in Schulen
- Durchführung von Projekttagen an Schulen
- Verwenden von ProPK-Film „Spots gegen Rechts“
- Einsatz der Medien des LKA „Auf leisen Sohlen ...“
- Broschüre des MI „Kennzeichen des Rechtsextremismus“⁹

Ergebnis

Die PI Dessau-Roßlau organisierte anlassbezogen sechs Veranstaltungen mit 143 Teilnehmern und die PI Halle (Saale) 12 Veranstaltungen mit 214 Teilnehmern. In der PI Stendal wurden anlassbezogen drei Veranstaltungen mit 27 Teilnehmern durchgeführt.

⁹ <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/publikationen/publikationen-rechtsextremismus>

5. Mediensicherheit

Projekt „Sicher im Netz“

Ausgangslage

Ob Fernseher, Handy, Computer oder die Playstation, elektronische Medien lassen sich nicht mehr aus unserem Alltag wegdenken. Sie dienen der Information, Unterhaltung und Entspannung und sind in vielen Bereichen unverzichtbar geworden. Dies birgt aber auch Gefahren. So werden Handy und Internet immer mehr genutzt, um Straftaten zu begehen. Nicht selten werden sie für Mobbing, Gewaltverherrlichung sowie auch zur Verbreitung von Kinderpornografie und rechtsextremistischem Gedankengut in Form von Videofilmen, Texten oder Musik genutzt.

Inhalt und Ziele

- Aufklärung über soziale Medien
- Information und Aufklärung über Straftaten im Netz
- Sensibilisierung und Befähigung, Gefahren zu erkennen sowie Grundlagen für einen verantwortungsbewussten und sicheren Umgang mit Medien zu erlangen
- Aufzeigen von Informations- und Hilfsmöglichkeiten

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen und deren Eltern

Maßnahmen

- Veranstaltungen in Schulen
- Durchführung von Projekttagen an Schulen
- Durchführung von Elternabenden auf Anforderung
- Anbieten von Informationsmaterial des ProPK und des LKA (wie „Schule fragt. Polizei antwortet.“¹⁰, „Onlinetipps für Groß und Klein“¹¹)

Ergebnis

Die PI Dessau-Roßlau führte mit 757 Teilnehmern 48 Veranstaltungen durch. Die PI Halle (Saale) organisierte 62 Veranstaltungen mit 1.303 Teilnehmern. In der PI Magdeburg wurden 32 Veranstaltungen mit 771 Teilnehmern und in der PI Stendal 51 Veranstaltungen mit 470 Teilnehmern durchgeführt.

¹⁰ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/299-schule-fragt-polizei-antwortet/>

¹¹ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/266-onlinetipps-fuer-gross-und-klein/>

6. Sexuelle Gewalt

a) Projekte gegen sexuelle Gewalt zum Nachteil von Kindern und Kindesmisshandlung und die Kampagne „Missbrauch verhindern“

Ausgangslage

Damit Kinder glücklich und unbeschwert aufwachsen, brauchen sie in der Familie sowie in der Gesellschaft besonderen Schutz. Daher ist es wichtig, das Bewusstsein für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung bei Kindern zu fördern und ihr Selbstvertrauen zu stärken.

Inhalt und Ziele

- Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstwahrnehmung
- spielerische und altersgerechte Vermittlung von Inhalten
- Aufzeigen der Notwendigkeit, über Erlebnisse zu sprechen
- Aufzeigen von Hilfsmöglichkeiten im Notfall
- Sensibilisierung von Mitarbeitern/-innen von Schulen/Einrichtungen

Zielgruppen

Kinder, Lehrer und Erzieher, Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen sowie Schulkrisenteams

Maßnahmen

- Veranstaltungen in Kindertagesstätten und an Schulen
- Verteilung von kindgerechten und themenbezogenen Medien
- Entwicklung von schulischen Schutzkonzepten

Ergebnis

Die PI Dessau-Roßlau führte zum Themengebiet 51 Veranstaltungen mit 730 Teilnehmern durch, die PI Halle (Saale) 125 Veranstaltungen für 2.729 Personen. Mit dem Projekt „Nein heißt Nein“ erreichte die PI Magdeburg in 31 Veranstaltungen 701 Teilnehmer, während die PI Stendal insgesamt 74 Veranstaltungen für 1.715 Teilnehmer durchführte.

b) Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen

Ausgangslage

Die voranschreitende Digitalisierung und damit einhergehende vermehrte Nutzung digitaler Medien ermöglichen es, Inhalte schnell und in vermeintlicher Anonymität zu teilen, aber auch von jedermann zu jeder Zeit und überall erreicht zu werden. Das gilt natürlich auch für Bilder und Videos mit strafrechtlich relevanten Inhalten. Um insbesondere Kinder und Jugendliche vor Übergriffen besser zu schützen, hat der Gesetzgeber die Strafandrohung für die Verbreitung, den Erwerb und den Besitz von kinder- und jugendpornografischen Inhalten im Jahr 2021 verschärft. Zwischenzeitlich stellte sich jedoch heraus, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Täter Kinder und Jugendliche selbst sind. Dieser Umstand, welcher natürlich im Hinblick auf eine gesunde psychische und physische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen einer Befassung bedarf, birgt zusätzlich auch strafrechtliche Konsequenzen und macht ein Handeln unabdingbar. Mit einer gezielten Aufklärung zum Themenschwerpunkt Verbreitung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen und zu anderen sexualbezogenen Gefahren im Internet für Kinder und Jugendliche soll dem entgegengewirkt werden.

Inhalt und Ziele

- Aufklärung und Sensibilisierung über mögliche Strafbarkeiten und Gefahren
- Aufzeigen von Schutzmechanismen und Handlungsalternativen
- Aufzeigen von Hilfsmöglichkeiten

Zielgruppen

Kinder, Lehrer und Erzieher, Eltern

Maßnahmen

Zur Sensibilisierung aller Eltern in Sachsen-Anhalt hat der Stabsbereich 3 des LKA

- in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat und der Abteilung 6 einen Podcast erstellt,
- einen Elternbrief erarbeitet, welcher mit Unterstützung des Landeselternrates elektronisch an Eltern mit Schulkindern verteilt wurde und auch fortschreitend für Elternveranstaltungen genutzt werden kann,
- eine Vortragshilfe für Veranstaltungen mit Schülern und/oder Eltern für Präventionsveranstaltungen/Projekttag an Schulen erstellt und zur Verfügung gestellt.

Die Polizeiinspektionen führten themenbezogen

- Vortragsveranstaltungen/Projekttag an Schulen durch und
- verstärkten die Maßnahmen mit der Verteilung von themenbezogenen Medien des ProPK, wie die Handreichung „Schule fragt. Polizei antwortet.“ und die Broschüre „Onlinetipps für Groß und Klein“.

Ergebnis

Mit den Maßnahmen erreichte die PI Dessau-Roßlau in 64 Veranstaltungen 1.376 Teilnehmer. Die PI Halle (Saale) führte 36 Veranstaltungen mit 655 Personen durch.

Im Zuständigkeitsbereich der PI Magdeburg fanden 20 Veranstaltungen mit 414 Teilnehmern und im Bereich der PI Stendal 79 Veranstaltungen mit 2.641 Teilnehmern statt.

7. Diebstahl/Raub

a) Projekte „Ladendiebstahl/Sicherer Euro“

Ausgangslage

Der Schaden, der dem Einzelhandel jährlich durch Ladendiebstahl zugefügt wird, ist immens. Da auch die Begehungsweise der Ladendiebe immer wieder variiert, sind Maßnahmen im Bereich der Warenpräsentation und der Mitarbeiterschulung unabdingbare Voraussetzung, um Ladendiebstahl effektiver entgegenwirken zu können. Aber auch Falschgelddelikte treten immer wieder, jedoch mit schwankender Fallzahl, auf. Den Schaden haben zwar in erster Linie die Geldinstitute und Verkaufseinrichtungen, aber trotzdem sind Privatpersonen und Verkaufspersonal gleichermaßen verunsichert.

Inhalt und Ziele

- Informationen über eine gezielte, kundenorientierte Ladengestaltung, geschickte Warenplatzierung und über mögliche technische Einrichtungen, die das Risiko für Ladendiebstähle verringern
- Sensibilisierung für den Blick auf die Täter
- Aufklärung über häufig angewendete Modi Operandi
- Sicherheitsmerkmale von Banknoten

Zielgruppen

Auszubildende an Berufsschulen, Mitarbeiter in Verkaufseinrichtungen

Maßnahmen

- themenbezogene Vorträge in Verkaufseinrichtungen und in Berufsschulen sowie bei öffentlichen Veranstaltungen
- Anbieten von Handreichungen zum Thema

Ergebnis

Die PI Halle (Saale) führte 14 Veranstaltungen mit 341 Teilnehmern und die PI Magdeburg drei Veranstaltungen mit 16 Teilnehmern durch. Im Zuständigkeitsbereich der PI Stendal fanden 20 Veranstaltungen mit 167 Teilnehmern statt.

b) Diebstahlsprävention

Ausgangslage

Aufgrund immer wieder auftretender Diebstahlhandlungen in Schulen finden regelmäßig Veranstaltungen in Schulen mit Bezug auf den Umgang mit fremdem Eigentum statt.

Inhalt und Ziele

- Sachverhaltsklärung
- Aufklärung/Abgrenzung von eigenem oder fremdem Eigentum
- Schulung des sozialen Miteinanders
- Aufmerksamkeit herstellen

Zielgruppen

Schüler aller Schulformen und Lehrer

Maßnahmen

- Vorträge
- Einzel- und Gruppengespräche

Ergebnis

Themenbezogen führte die PI Halle (Saale) 14 Veranstaltungen mit 146 Teilnehmern und die PI Stendal zwei Veranstaltungen mit 50 Teilnehmern durch.

c) Maßnahmenkonzept WED der Landespolizei

Ausgangslage

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wies über den Zeitraum mehrerer Jahre im Deliktsbereich Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) eine rückläufige Tendenz bei den Fallzahlen auf. Jedoch stellte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) fest, dass die Fallzahlen des WED seit dem Jahr 2022 wieder ansteigen, in 2023 bis auf 77.819.¹² Der Anteil an versuchten Einbrüchen stieg in den letzten Jahren ebenfalls bundesweit auf 48,7 % im Jahr 2021 an. 2023 liegt der Wert wieder knapp 2 Prozentpunkte darunter. Ursächlich dafür kann die verstärkte Verwendung von Sicherheitstechnik im privaten Bereich sein.

¹² https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/pks2023_node.html

Die Fallzahlen der Wohnungseinbruchdiebstähle in Sachsen-Anhalt zeichnen die Entwicklung auf Bundesebene nach. Der PKS zufolge stiegen die Fallzahlen von 1.716 im Jahr 2022¹³ auf 1.768 Fälle in 2023 an. Der Anteil der Versuche lag 2023 bei 47,4 %.¹⁴

Neben den materiellen Schäden, welche bundesweit von 206,6 Millionen Euro in 2022 auf 269,4 Millionen Euro Schaden (nur Diebesgut/Beute) in 2023 stiegen, ist vor allem das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung von diesem Kriminalitätsphänomen betroffen.¹⁵ Die größten Auswirkungen auf die Opfer haben hier die psychischen Folgen, da die Wohnung mit ihrer Rückzugs- und Schutzfunktion einen Kernbereich des persönlichen Lebens bildet. Daher ist in der Bevölkerung die Furcht vor einem WED weit verbreitet.

Einer vom BKA durchgeführten Studie zufolge stieg diese bundesweit in den Jahren von 2012 bis 2017 von 19 % um 5 Prozentpunkte auf 24 % an. Der WED ist demnach das am häufigsten gefürchtete Delikt.

Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e. V. ziehen 20 % der Betroffenen nach einem Einbruch aus der Wohnung aus oder hätten es gern getan.¹⁶

Im Mai 2023 überarbeitete das LKA, Stabsbereich 3, die Präventionskampagne „Sicher wohnen mit Einbruchschutz“ (eine Bannerkampagne), welche mit dem Tag des Einbruchschutzes am 31.10.2023 zur Zeitumstellung auf Winterzeit begann.

Die nun modifizierte Einbruchschutzkampagne wurde als Nachfolgeaktion für eine bessere Wahrnehmbarkeit mit Wiedererkennungswert mit demselben Leitspruch zum Start in die dunkle Jahreszeit eingeleitet.

Konkrete Ziele

- Die Anzahl erfolgreicher WED soll im Vergleich zu den Vorjahren reduziert werden
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in deren Wohnung und im Wohnumfeld

¹³ <https://polizei.sachsen-anhalt.de/kriminalitaet-und-praevention/statistiken-jahresberichte>

Anmerkung: Die Differenz der Fallzahlen ergibt sich aus den Besonderheiten der PKS-Erfassung. So werden im veröffentlichten Bericht nicht nur die Fallzahlen der WED, sondern auch der Diebstähle, welche in/aus Wohnungen erfolgen, gemeinsam erfasst.

¹⁴ <https://www.aktion-tu-was.de/fileadmin/dokumente/infotext-einbruch-p.pdf>

¹⁵ <https://www.aktion-tu-was.de/fileadmin/dokumente/infotext-einbruch-p.pdf>

¹⁶ KfN-Forschungsbericht 124 – Link: <https://kfn.de/publikationen/kfn-forschungsberichte/>

Konkrete Maßnahmen

- Beginn der Kampagne mit einleitender Pressemitteilung am Tag des Einbruchschutzes
- Anbringen von 170 Bannern an öffentlichkeitswirksamen Plätzen (Banneraktion)
- Einsatz des Präventionsmobils
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über die Social-Media-Kanäle der Polizei
- verstärkte Nutzung und Verteilung von Printmedien der ProPK¹⁷
- verstärkte Präventionsstreifen
- öffentliche Ankündigung von Beratungsangeboten
- Durchführung von sicherungstechnischen Beratungen

Die PI Dessau-Roßlau führte 34 Hausberatungen mit 76 Teilnehmenden und 6 Beratungen bei Firmen/Institutionen mit 115 Teilnehmenden durch.

Die PI Halle (Saale) führte insgesamt 154 technische Beratungen mit 375 Teilnehmenden zum Einbruchschutz durch. Des Weiteren wurden Informationsveranstaltungen zum Thema Sicherheitstechnik durchgeführt (im privaten Bereich 110 mit 171 Bürgern und 68 im gewerblichen Bereich mit 130 Teilnehmern).

Im Zuständigkeitsbereich der PI Magdeburg nahmen 71 Personen an 34 sicherungstechnischen Beratungen im privaten Bereich und 11 Personen an acht sicherungstechnischen Beratungen im gewerblichen Bereich teil. Außerdem fanden 14 technische Beratungen mit 191 Teilnehmenden zum Einbruchschutz statt.

Die PI Stendal führte 76 sicherungstechnische Beratungen (Einzel- und Gruppenberatungen) sowie Gefahren- und Schwachstellenanalysen für 136 Privatpersonen durch und fünf sicherungstechnische Beratungen für zehn gewerblich Teilnehmende.

¹⁷ <https://www.k-einbruch.de/>

8. Seniorenschutzprogramm

Ausgangslage

Aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland wird der Bevölkerungsanteil der Senioren weiter stetig steigen. Da Kriminalitätsfurcht gerade bei Senioren zu einer stärkeren Beeinträchtigung des allgemeinen Sicherheitsempfindens führt, ist es stetig erforderlich, sie hinsichtlich verschiedener Erscheinungsformen von Kriminalität sowie zur Sicherheit im Straßenverkehr aufzuklären und zu sensibilisieren.

Inhalt und Ziele

- Aufklärung über Möglichkeiten zum Schutz vor Straftaten, insbesondere auch hinsichtlich des Phänomens „Enkeltrick“
- Reduzierung des Opferrisikos älterer Menschen
- Verminderung der Kriminalitätsfurcht

Zielgruppen

Senioren, Verantwortliche in Senioreneinrichtungen/-heimen, Taxiunternehmen

Maßnahmen

- Gesprächsrunden/Vorträge
- Einsätze der Seniorensicherheitsberater der Polizei bei öffentlichen Veranstaltungen als Ansprechpartner für die Senioren auf Augenhöhe
- Nutzung der ProPK-Medien „Im Alter sicher leben“¹⁸, „Gut beraten im hohen Alter“¹⁹, „Sicher wohnen“²⁰, „Mehr Sicherheit in unserem Viertel“²¹)
- Vorstellung von Hilfsmitteln, wie den „Schrillalarm“
- Tipps zur Verkehrssicherheit und zur Nachbarschaftshilfe

Ergebnis

Die PI Dessau-Roßlau informierte in 67 Veranstaltungen 2.691 Senioren über Kriminalitätsphänomene und präventive Ansätze. Die PI Halle (Saale) führte 143 Veranstaltungen mit insgesamt 1.539 Senioren durch. An 64 Veranstaltungen der PI Magdeburg nahmen 1.293 Senioren teil und an den 85 durchgeführten Veranstaltungen der PI Stendal beteiligten sich 1.416 Senioren.

¹⁸ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/228-im-alter-sicher-leben/>

¹⁹ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/229-gut-beraten-im-hohen-alter/>

²⁰ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/1-sicher-wohnen/>

²¹ <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/16-mehr-sicherheit-in-unserem-viertel/>

9. Prävention zum Schutz vor Straftaten

Ausgangslage

In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens besteht das Bedürfnis der Bürger, gut beraten zu sein, um sich vor Straftaten besser schützen zu können. Den sich im ständigen Wandel befindlichen Begehungsweisen wurde mit dieser Art Veranstaltung Rechnung getragen.

Inhalt und Ziele

- Aufklärung über aktuelle Kriminalitätsentwicklungen und Begehungsweisen
- Aufzeigen von Möglichkeiten zum Schutz vor Straftaten

Zielgruppen

Erwachsene aller Altersklassen

Maßnahmen

- Veranstaltungen und Gesprächsrunden
- Verteilung von Präventionsmedien

Ergebnis

In der PI Dessau-Roßlau wurden 24 Veranstaltungen mit 469 Teilnehmenden durchgeführt und in der PI Magdeburg 42 Veranstaltungen mit 1.658 Teilnehmern. An 30 Veranstaltungen der PI Stendal nahmen 329 Personen teil.

10. Einsatz des Präventionsmobils des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt

Im Jahr 2023 kam das Präventionsmobil des LKA 139-mal zum Einsatz. Von den insgesamt 4.858 Beratungen wurden 3.067 Beratungen (63 %) mit technischem Bezug und 1.791 (37 %) zu verhaltensorientierten Themen durchgeführt.

Unter anderem wurde das neue Landespräventionsmobil im Rahmen nachfolgend aufgeführter Veranstaltungen eingesetzt:

- Reforma vom 28.03. bis 01.04.2023 in Eisleben
- Seniorenmarkt am 09.05.2023 in Bitterfeld
- Saalebau vom 17. bis 19.03.2023 in Halle (Saale)
- Tag der offenen Tür am 17.06.2023 in Aschersleben
- Seniorenmarkt am 05. und 06.09.2023 in Zerbst und Wittenberg
- Aktionstag der Landespolizei Sachsen-Anhalt 2023 in Halle (Saale)
- Tag der Ein- und Ausblicke am 23.09.2023 in Magdeburg, LKA
- Sicherheitstag am 04.10.2023 in Wittenberg

Begleitend zum bundesweiten Tag des Einbruchschutzes am 29. Oktober 2023 und im Zuge der Einbruchschutzkampagne wurden in Halle und im Saalekreis verstärkt Einsätze an Einkaufszentren und Baumärkten durchgeführt. Als Teil der Einbruchschutzkampagne 2023/2024 wurden alle verfügbaren Social-Media-Kanäle genutzt, um die Einsätze des Präventionsmobils zu bewerben.

Des Weiteren wurde das Landespräventionsmobil und dessen Einsatzmöglichkeiten im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen für Regionalbereichsbeamte an der FH Pol vorgestellt.

Die Einsätze des Präventionsmobils wurden in der lokalen Presse angekündigt und zumeist von Journalisten vor Ort begleitet. Die anschließende Berichterstattung in den lokalen Medien war häufig mit Präventionshinweisen und/oder Verhaltenstipps verbunden.

11. Kommunale Prävention – Stadtentwicklung

Ausgangslage

Neben den Auswirkungen für Betroffene von Einbrüchen in den eigenen vier Wänden auf ihr Sicherheitsgefühl innerhalb der Wohnung, wirkt sich dies auch mittelbar auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in ihrer Wohnumgebung aus. Laut Viktimisierungssurvey 2017 des BKA war die gefühlte Unsicherheit bei der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich mit 30 % am stärksten ausgeprägt.²²

Inhalt und Ziele

- Erfassung raumbezogener Sicherheitsbelange
- Erhöhung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung
- Steigerung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Planung von Stadtteilen unter Berücksichtigung städtebaulicher, kriminalpräventiver Gesichtspunkte (Nutzung themenbezogener ProPK-Medien)

Zielgruppen

Bürger von Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt, Behörden und Einrichtungen, Wohnungsgesellschaften, Betriebe etc.

Maßnahmen und Ergebnisse

a) Sicherheitspartnerschaft der Hansestadt Gardelegen mit dem Polizeirevier Altmarkkreis-Salzwedel

Zwischen Polizei und Stadtverwaltung existiert bereits seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit. Die Sicherheitspartnerschaft (seit 2017) sollte aber vor allem auch ein Zeichen für die Bürger von Gardelegen sein, um die enge Zusammenarbeit von Polizei und der Stadt Gardelegen transparent zu machen.

Ein weiterer wichtiger Baustein war die im Dezember 2022 in Kooperation mit der PI Stendal und der Hochschule Magdeburg-Stendal durchgeführte Bürgerbefragung zum Sicherheitsempfinden im Dezember 2022. Das Ergebnis wurde im Sommer 2023 öffentlich vorgestellt. Im Ergebnis der Befragung sind Probleme wie rücksichtslose Verkehrsteilnehmer, ein nicht ausreichendes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel,

²² Deutscher Viktimisierungssurvey 2017, S. 53 – Link:
https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2019/Presse2019/190402_DVS2017.html

Schmutz und Müll in Straßen und Grünanlagen, eine fehlende Beleuchtung, aber auch ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl am Bahnhofsgelände herausgestellt worden.

Ergebnisse aus den Bürgerbefragungen in Gardelegen²³:

Unter Berücksichtigung der durch die Befragung herausgestellten Schwerpunkte wurden darauf ausgerichtete Maßnahmen zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger eingeleitet/durchgeführt.

Maßnahmen:

Aktuell erfolgt der Ausbau der Beleuchtung auf den Wallanlagen.

Um die Arbeit des Ordnungsamtes öffentlichkeitswirksamer und damit sichtbarer zu gestalten, wurde ein Dienstwagen des Ordnungsamtes foliert und Dienstkleidung für eine bessere Erkennbarkeit der Mitarbeiter sukzessive optisch verbessert.

Die Häufigkeit der Streifen der Vollzugskräfte des Ordnungsamtes wurde deutlich erhöht. Es finden gemeinsame Streifen von Ordnungsamt und Polizei zu unterschiedlichen Tageszeiten und an allen Wochentagen statt.

Im Rahmen der Kriminal- und Verkehrsprävention werden Fuß- und Funkstreifen durch die RBB und den Einsatzdienst des Revierkommissariats auf hohem Niveau an erkannten Schwerpunkten aus der Bürgerbefragung durchgeführt. Dadurch kommen sie vermehrt mit Bürgern ins Gespräch und erhalten von Bürgern positive Rückmeldungen.

Zusätzlich werden regelmäßige Präsenzstreifen durch die RBB und den Einsatzdienst des Revierkommissariats Gardelegen auch in entlegenen Ortsteilen durchgeführt.

Die RBB und Sachbearbeiter der verhaltensorientierten Prävention führen verstärkt Präventionsveranstaltungen, Beratungen sowie zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit durch

- zu unterschiedlichen Kriminalitätsphänomenen (Enkeltrick, Stalking, Internetkrim. u. a.) in Senioreneinrichtungen bzw. Schulen der Einheitsgemeinde Hansestadt Gardelegen
- aufgrund laut Verkehrsunfallstatistik steigender Verkehrsunfallzahlen von durch Senioren verursachten Verkehrsunfällen bzw. von verletzten Personen, die älter als 60 Jahre alt waren, in Senioreneinrichtungen,
- in Kindergärten/Vor- und Grundschulen (Projekt Sicherer Schulweg u. a.).

²³ <https://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/download/pdf/3292573?originalFilename=true>

Beratungen und Netzwerkarbeit:

Es finden eine regelmäßige sowie anlassbezogene enge und vertrauensvolle Kommunikation sowie themenbezogene Besprechungen der Sicherheitspartner sowie einmal jährlich ein Austausch zwischen der Stadtverwaltung und der Polizei statt.

b) Sicherheitspartnerschaften der Hansestadt Tangermünde sowie der Hansestadt Stendal mit dem Polizeirevier und der Polizeiinspektion Stendal

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaften Tangermünde (seit 2017) und Stendal (seit 2018) wurden im Ergebnis der Bürgerbefragungen in Tangermünde²⁴ und Stendal²⁵ die Bestrebungen fortgesetzt und sukzessive angepasst bzw. erweitert.

Die Regionalbereichsbeamten haben die Anzahl ihrer Fußstreifen erhöht. Dabei bekommen sie regelmäßig ein positives Feedback von den Bürgern, die auch gern das Gespräch in diesem Rahmen suchen. Zusätzlich wurde einmal wöchentlich eine gemeinsame Streife von Regionalbereichsbeamten mit Mitarbeitern der Ordnungsämter umgesetzt.

Des Weiteren konnten mehr Präventionsveranstaltungen an Schulen (Drogenprävention) und für Senioren (Verhalten im Straßenverkehr, Neuerungen StVG) durchgeführt werden.

Beratungen und Netzwerkarbeit:

Im Berichtszeitraum wurden die Ortsbürgermeister und Ortsräte mehrfach von den Regionalbereichsbeamten persönlich aufgesucht. Außerdem nahmen sie regelmäßig an dort stattfindenden Beratungen teil.

Bei den jeweiligen jährlichen Besprechungen der Revierleitung Stendal mit der Verwaltungsleitung Stendal als auch Tangermünde wurden erneut die Ergebnisse der Bürgerbefragungen aufgegriffen, um Gefahrenschwerpunkten oder neuen Kriminalitätsfeldern entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang wurden die aktuellen PKS und PUS-Daten dargelegt und ausgewertet, was im Ergebnis zu keinen weiteren Erkenntnissen oder neuen Schwerpunkten führte.

In Tangermünde erfolgte eine aktive Mitarbeit seitens der RBB im Stadtentwicklungsbeirat, Arbeitsgruppe „Ordnung und Sicherheit“, um gemeinsame Maßnahmen mit verschiedenen Akteuren durchzuführen. So wurden

²⁴<https://www.landkreis-stendal.de/de/news/auswertung-buergerbefragung-in-tangermuende.html>

²⁵ https://www.stendal.de/datei/anzeigen/id/37118,1214/buergerbefragung_subjektives_sicherheitsempfinden.pdf

Präventionsveranstaltungen gemeinsam mit den Streetworkern in Schulen durchgeführt. Einmal jährlich findet ein Austausch mit dem Ordnungsamt der Stadt Stendal statt.

Weitere geplante Maßnahmen:

Es ist beabsichtigt, nach ca. 5 Jahren eine nochmalige Bürgerbefragung in den Städten durchzuführen, um die durchgeführten Maßnahmen zu evaluieren.

12. Polizeilicher Opferschutz – Häusliche Gewalt

Ausgangslage

Mit der Betreuung von Fällen häuslicher Gewalt sind zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Stellen betraut. Oft tragen sie entscheidend dazu bei, Gefahrensituationen zu entschärfen. In anderen Fällen aber kommt es zu Gewalteskalationen oder es besteht die Gefahr einer solchen, bis hin zu möglichen Tötungsdelikten. Wobei die Polizei hier zumeist der erste Ansprechpartner für Opfer häuslicher Gewalt ist. Insofern obliegt ihr und damit dem polizeilichen Opferschutz auch eine besondere Verantwortung.

Ziel

- Tatfolgen für Opfer mindern
- wiederholte Viktimisierung vermeiden
- Professionelle Hilfe- und Beratungsangebote vermitteln

Maßnahmen

Um den Bedürfnissen der Opfer gerecht zu werden und die Ziele des Opferschutzes zu erreichen, ist eine standardisierte Vorgehensweise und eine behörden- und ämterübergreifende Zusammenarbeit und Koordination notwendig. Die dafür eingesetzten Opferschutzbeauftragten der Plen leisten in diesem Sinne seit vielen Jahren wertvolle Netzwerkarbeit. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Netzwerkarbeit die Grundlage des polizeilichen Opferschutzes bildet und eine dauerhafte Präsenz von polizeilichen Ansprechpartnern auch in den Polizeirevieren erforderlich macht. Zur Verbesserung des polizeilichen Opferschutzes erfolgte bis zum 30.06.2023 (Erlass des MI LSA vom 02. Juni 2022) die Besetzung der Dienstposten von hauptamtlichen Opferschutzbeauftragten in den 14 Polizeirevieren. Diese haben ihre Arbeit in 2023 aufgenommen und sukzessive mit der Netzwerkarbeit und der intensiven Zusammenarbeit mit diversen Opferschutzeinrichtungen, relevanten Institutionen, Firmen und Ämtern in ihren Zuständigkeitsbereichen begonnen.

Die Opferschutzbeauftragten der Polizeiinspektionen und der Polizeireviere werden nach innen im Intranet der Polizei und nach außen²⁶ auf der Internetseite der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt transparent gemacht, um so jederzeit einen sachkundigen Ansprechpartner zu bieten.

²⁶ <https://polizei.sachsen-anhalt.de/kriminalitaet-und-praevention/kriminalpraeventionsthemen/opferschutz>

Des Weiteren erarbeiteten die vier Opferschutzbeauftragten der Plen in Zusammenarbeit mit dem MI und dem LKA im ersten Halbjahr 2023 in einer eigens dafür eingerichteten Landesarbeitsgruppe „Hochrisikomanagement - Häusliche Gewalt im familiären Umfeld“ eine Landeskonzepion zum situationsangemessenen Handeln bei häuslicher Gewalt, Stalking und Kindeswohlgefährdung. Diese ersetzt die vorher gültige Handlungsempfehlung sowie den vorab gültigen Runderlass des MI vom 19.10.2010 „Polizeiliche Maßnahmen zur Verhütung von Gewalteskalationen in engen sozialen Beziehungen, in Fällen von Stalking sowie in Fällen von Kindeswohlgefährdung“ und weitere Ergänzungserlasse.

Mit Runderlass des MI vom 02. August 2023 wurde die „Landeskonzepion zum situationsangemessenen Handeln bei häuslicher Gewalt, Stalking und Kindeswohlgefährdung (VS-NfD, Stand 19.07.2023) mit Einführungserlass des MI 23-12197-26/14/37803/2023 in Kraft gesetzt.